

Z1: Am 17. Juni 1953 protestieren rund eine Million Menschen in der DDR weitgehend friedlich gegen die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Auch in Halle versammeln sich ca. 60.000 Menschen auf dem Hallmarkt.

Die Regierung reagiert mit sowjetischer Militärunterstützung und Härte auf die Demonstrationen und verhängt den Ausnahmezustand. Mit massivem Einsatz von Militär, Volkspolizei und Staatssicherheit wird der Aufstand des 17. Juni niedergeschlagen. In Halle kommen neun Menschen ums Leben.

Z2: Von 1988 bis Ende 1989 setzte eine Massenflucht aus der DDR in den Westen ein. Mit dem Abbau der ungarischen Grenzanlage zu Österreich flohen vermehrt Menschen über diese Route in den Westen. Bis September 1989 nutzten 25.000 Menschen diesen Weg. Ab September 1989 werden zahlreiche auch Ausreiseanträge von DDR-Bürger:innen durch die Prager Botschaft bewilligt. Von Januar 1989 bis zum Mauerfall verlassen 200.000 Ostdeutsche die DDR.

Z3: Nach dem Mauerfall am 9. November 1989 setzten die Menschen in der DDR ihre Proteste fort. Die ursprüngliche Forderung nach einem demokratischen Wandel verband sich im weiteren Verlauf der Protestbewegung mit dem Wunsch nach einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Die Montagsdemonstrationen, die bis kurz vor den ersten und einzigen freien Volkskammerwahlen der DDR im März 1990 andauerten, waren ein zentraler Bestandteil dieser anhaltenden Proteste.

Am 1. Juli 1990 übernahm die DDR das westdeutsche Wirtschaftssystem und führte die D-Mark als Währung ein. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag, der im September geschlossen wurde, legte die außenpolitischen Bedingungen für die Deutsche Einheit fest. Mit dem Inkrafttreten des Einigungsvertrages am 3. Oktober 1990 wurde Deutschland wieder zu einem geeinten Land.

Z4: Reisen in andere Länder waren für DDR-Bürger:innen nicht immer einfach möglich. Nach Westdeutschland durften sie nur aus dringenden Familienangelegenheiten reisen, um eine Republikflucht zu vermeiden.

Auslandsreisen waren vor allem in sozialistische Länder eine Option. Innerhalb des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) reisten 1989 rund 1,5 Millionen DDR-Bürger ins Ausland, hauptsächlich in die Tschechoslowakei, nach Polen, in die UdSSR, nach Ungarn, Bulgarien und Rumänien.

Viele touristische Anbieter waren außerdem an den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) gebunden, wodurch ihre Angebote nicht frei auf dem Markt verfügbar waren. Individualurlaub war hauptsächlich auf Campingplätzen und bei Verwandten, Bekannten oder Freunden möglich. Dies war auch die günstigste Option, die aufgrund der niedrigen Löhne oft angenommen wurde.

Z5: Die „Diktatur des Proletariats“, wie sie in der Theorie von Marx, Engels und Lenin beschrieben wird, bezieht sich darauf, dass die Arbeiterklasse die dominante

politische und gesellschaftliche Kraft darstellt. Da die Arbeiterklasse vermutlich die größte Klasse ist, werden ihre Interessen gleichzeitig zu Staatszielen. In der DDR wurde die „Diktatur des Proletariats“ aufgrund ihres Produktionsanteils und der Gesamtbevölkerung als demokratisch und notwendig dargestellt, um Klassenunterschiede zu überwinden. Sie galt nach der Ideologie als eine Zwischenform zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Theoretisch gab es also keinen Widerspruch zu einer „sozialistischen Demokratie“. Allerdings war die Umsetzung in der DDR mangelhaft und stark vom Stalinismus geprägt, was bedeutete, dass eine einzige Partei uneingeschränkte Herrschaft ausübte.

Z6: Erich Honecker war von 1971 bis zu seinem erzwungenen Rücktritt am 18. Oktober 1989 Generalsekretär des Zentralkomitees der DDR. Sein Verhältnis zu Michail Gorbatschow, dem Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, war seit Jahren angespannt. Honecker war gegen Gorbatschows Politik der Perestroika und der Kooperation mit dem Westen und fühlte sich von ihm hintergangen. Am 6. und 7. Oktober 1989 fanden in Ost-Berlin die Staatsfeierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR statt, bei denen Gorbatschow anwesend war. Parallel dazu gab es Proteste für mehr Demokratie. Demonstranten richteten ihre Hilferufe an Gorbatschow. Im Zuge dieser Demonstrationen wurden über 1000 Menschen verhaftet. Einen Monat später fiel die Mauer.

Z7: Der Ruf nach freien und demokratischen Wahlen war eine der Hauptforderungen bei den Montagsdemonstrationen. In der DDR gab es regelmäßig Wahlen zur Volkskammer und auf kommunaler Ebene. Eine echte Wahl hatte man aber nicht. Man konnte der Einheitsliste mit den Kandidaten nur zustimmen oder sie ablehnen. Eine Ablehnung war nur möglich, in dem jeder einzelne Name durchgestrichen wurde, was aber nicht breit bekannt war. Alles andere wurde als Zustimmung gewertet. Es war üblich, den Zettel nur entgegenzunehmen, ihn zu falten und in die Wahlurne zu stecken. Ankreuzen musste man dabei niemanden.

Die massiven Wahlfälschungen zugunsten der Sozialistischen Einheitspartei SED wurden durch Oppositionsgruppen erstmals bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 aufgedeckt und über das Westfernsehen in den Osten gemeldet. Die erste freie Wahl nach demokratischen Prinzipien fand am 18. März 1990 zur Volkskammer statt. Die Wahlbeteiligung war mit über 90 Prozent sehr hoch und die "Allianz für Deutschland" gewann die Wahl knapp mit knapp 50 Prozent der Stimmen.

Z8: Die Wirtschaft in der DDR war von einer zentralisierten Planwirtschaft geprägt, jedoch litt sie unter zahlreichen Problemen. Die ineffiziente Ressourcenallokation, fehlende Marktanreize und Bürokratie führten zu Überproduktion und Mangel an Produkten. Geringe Arbeitsmotivation und -produktivität sowie der Mangel an Technologie und Innovationen trugen zur Stagnation bei.

Die DDR war zudem von finanziellen Schwierigkeiten aufgrund von Verschuldung und Abhängigkeit von Rohstoffimporten betroffen.

Die Zahlungsfähigkeit der DDR hing davon ab, dass westliche Banken der SED neue Kredite gewährten. Durch erhöhte Exporte in kapitalistische Länder, die Einschränkung westlicher Importe sowie durch Milliardenkredite und Transferleistungen der BRD in den 1980er Jahren gelang es der SED-Führung vorübergehend, die Zahlungsunfähigkeit zu verzögern. Diese Probleme führten letztendlich zum Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft.

Z11: Im Sommer 1989 setzte eine Massenflucht aus der DDR in den Westen ein. Mit dem Abbau der ungarischen Grenzanlage zu Österreich flohen vermehrt Menschen über diese Route in den Westen. Bis September nutzten 25.000 Menschen diesen Weg. Tausende Menschen flüchten über die Botschaften der Bundesrepublik in Prag, Budapest und Warschau nach Westdeutschland. Bis zum Mauerfall verließen 200.000 Ostdeutsche die DDR. Andere, die auch unzufrieden waren, blieben jedoch bewusst im Land, um sich vor Ort für Veränderungen einzusetzen. "Wir bleiben hier" war ein gängiger Ruf bei den Montagsdemonstrationen in der ganzen DDR.

Z12: Die Gefängnisse Bautzen I und Bautzen II waren bereits zur Zeit der NS-Diktatur Orte der Willkür und unmenschlicher Haftbedingungen für sogenannte "Schutzhäftlinge". Unter den Sowjets wurden sie Speziallager für Kriegsverbrecher

und politische Gegner und schließlich in der DDR für den allgemeinen Strafvollzug und zur Inhaftierung von Regimegegnern genutzt. Dabei war Bautzen I, auch bekannt als "das Gelbe Elend" die Strafvollzugsanstalt der Volkspolizei.

Bautzen II hingegen war das Sondergefängnis unter der Kontrolle des Ministeriums für Staatssicherheit und wurde daher auch als "Stasi-Knast" bezeichnet. Viele politische Gefangene saßen dort ein und litten unter überfüllten Zellen, mangelnder Hygiene und unzureichender Nahrung. Heute befindet sich in Bautzen II eine Gedenkstätte

Z21: Nach dem Fall der Mauer am 9. November 89 hatten sich zahllose DDR-Bürger spontan auf den Weg in den Westen gemacht.

In West-Berlin und direkt hinter der Grenze zu Bayern standen zehntausende Menschen Schlange, um sich das Begrüßungsgeld abzuholen, das die BRD seit 1970 jedem DDR-Bürger bei der Einreise in den Westen auszahlte. Seit 1988 betrug es 100 DM. Die Öffnung der Grenzen löste einen unverhofften Ansturm auf die Auszahlungsstellen aus. Zum Jahreswechsel 89/90 wurde das Begrüßungsgeld eingestellt und durch einen Devisenfonds ersetzt bis schließlich am 1. Juli 1990 der Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft tritt.

Z22: Am 9. Oktober 1989 kapitulierte die Staatsmacht in Leipzig vor mehr als 70 000 Demonstrierenden. Nicht weit entfernt in Halle, verlief es an diesem Tag ganz anders.

Die Behörden folgten noch dem Befehl, weitere Krawalle von „vornherein zu unterbinden“. Der Marktplatz und die umliegenden Straßen waren abgeriegelt, über den Platz patrouillierten mehr als 300 Polizisten und Kampfgruppenangehörige, viele mit Hunden. Im Laufe des Tages waren bereits Oppositionelle verhaftet worden. Am Nachmittag standen vor der Marktkirche Demonstrierende mit Kerzen in den Händen. Als die Polizei den Markplatz während des zeitgleichen Friedensgebetes in der Marktkirche gewaltsam zu räumen begann, kam es zu massivem Gewalteininsatz, auch gegen Unbeteiligte Passanten. Dabei wurde laut Protokoll des Ministeriums für Staatssicherheit auch der Schlagstock gegen Personen eingesetzt, die sich wehrten. Es kam insgesamt zu 41 Verhaftungen.

Z23: Michail Gorbatschow war von 1985 bis Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Glasnost und Perestroika, also Offenheit und Umgestaltung, waren die Zielrichtung seiner Reformen. Er reagierte damit auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme sowie die Unzufriedenheit der Menschen. Andere kommunistisch regierte Staaten in Osteuropa folgten dem Vorbild der Sowjetunion.

Das SED-Regime in der DDR lehnte jedoch Reformen ab, da es um eine Einschränkung bzw. Infragestellung seiner Macht fürchtete. Inspiriert von den Reformbestrebungen in der Sowjetunion entstand 1989 in China eine Demokratiebewegung, getragen von Studierenden, die den zentralen Tian'anmen-Platz in Peking besetzten.

Am 3. und 4. Juni 1989 beendete das chinesische Militär gewaltsam die Proteste.

Nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung in China übermittelte Erich Honecker Überlieferungen zufolge seine Glückwünsche.

Z25: Hans-Joachim Böhme war ein hochrangiger SED-Funktionär aus dem Bezirk Halle im Politbüro der SED. Er war ein Hardliner und glaubte, dass Reformen das Ende der DDR bedeuten würden. Seinen letzten großen Auftritt hatte er am 6. November 1989 auf dem halleschen Marktplatz. Von den Treppen des Rathauses sprach er zu tausenden Hallensern, die gekommen waren, um zu hören, wie es mit der DDR weitergehen sollte. Doch Böhme hatte keine Antworten mitgebracht, er stammelte und gelobte Besserung, als habe er nichts begriffen.

Die Menschen buhten, außerdem wurde er von einer Person angespuckt. Am 9. November trat er als Bezirkschef der SED zurück. 2004 wurde Hans-Joachim Böhme aufgrund des Schießbefehls und der Todesopfer an der Berliner Mauer vom Berliner Landgericht wegen Beihilfe zum Mord durch Unterlassen zu 15 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt.

Z30: Der sozialistische Ansatz der DDR galt mit ihrem Ende als gescheitert. Die übergroße Mehrheit der DDR-Bürger wünschte sich ein Leben unter den gesellschaftlichen Bedingungen der Bundesrepublik und befürwortete die Wiedervereinigung und den Beitritt der DDR zum bundesdeutschen Grundgesetz.

Während der friedlichen Revolution und in den Jahren danach waren aber auch einige Menschen der Meinung, man hätte einen "dritten Weg" einschlagen sollen. Statt der Wiedervereinigung, in der DDR einen echten, dieses Mal wirklich demokratischen Sozialismus einzuführen. Dabei müssten auch die individuellen Freiheitsrechte der Bürger:innen geachtet werden, um sie als ebenbürtig wahrzunehmen. Dies widerspricht sich mit dem Ansatz der Kollektivierung und Unterdrückung in der DDR.

Z33: Karl-Eduard von Schnitzler war Autor und Moderator der Sendung „Der Schwarze Kanal“, die im Sinne der SED-Propaganda Ausschnitte aus dem Westfernsehen kommentierte. 1989 zeigte sich Schnitzler in der Sendung unbeeindruckt von den Massenprotesten und behauptete, dass sie vom Westfernsehen organisiert seien, um die Struktur des ostdeutschen Staates von innen auszuhöhlen. Am 30. Oktober 89 wurde „Der Schwarze Kanal“ zum letzten Mal ausgestrahlt. Schnitzler zeigte keine Reue und empfand sich als leichtfertig vorverurteilter Sündenbock einer Gesellschaft, die seine Ideale plötzlich als antiquiert und überholt betrachtete.

Z34: Auf Kundgebungen in der DDR war wochenlang die Parole zu hören: "Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr!" Viele Menschen wünschten sich eine stabile Währung, die mehr wert war als die DDR-Mark. Bereits in der DDR,

verstärkt zwischen Mauerfall und Währungsunion, wurde die D-Mark als inoffizielles Zahlungsmittel genutzt - bei einem Umtauschkurs von zunächst 1:20. Die offizielle Währungsunion kam am 1. Juli 1990, jedoch konnte auch dann nur ein bestimmter Betrag 1:1 umgetauscht werden.

Z35: Auf den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 89 äußerte Michail Gorbatschow Reformempfehlungen, die Erich Honecker ignorierte. Kurze Zeit später nötigte das Politbüro Honecker zum Rücktritt. Sein Nachfolger Egon Krenz versprach, dass Demonstrationen künftig als Teil politischer Kultur anerkannt und toleriert werden sollten. Außerdem wurden neue Reisegesetze angekündigt. Und es begann eine Debatte über Wahlen.

Am 27. Oktober wurde für Ausgereiste und Demonstranten eine Amnestie erlassen. Viele waren skeptisch und die Proteste gegen das SED-Regime setzten sich fort.

Z36: Auf den Demonstrationen im Herbst 89, insbesondere ab November, riefen die demonstrierenden Massen häufig "Deutschland, einig Vaterland", einen Auszug aus der Nationalhymne der DDR von Johannes R. Becher. Ende der sechziger Jahre wurde dieser Text nicht mehr gesungen. Seit Honeckers Machtantritt war das Bekenntnis zur Einheit der Nation in der DDR unterdrückt. Erst im Februar 1990 wurde diese Textzeile wieder zugelassen.

Z40: Im Sommer und Herbst 1989 begannen in einigen sozialistischen Ländern wie Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei erste Demokratisierungsprozesse. Doch der rumänische Diktator Nicolae Ceaușescu lehnte politische Veränderungen strikt ab. Ab dem 16. Dezember 1989 gingen Zehntausende von Menschen in verschiedenen Städten Rumäniens auf die Straße, um gegen das diktatorische Regime zu protestieren.

Die Situation eskalierte, und am 22. Dezember floh das Ehepaar Ceaușescu aus der Hauptstadt Bukarest. Doch nur wenige Tage später wurden sie gefasst, vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt. Am 25. Dezember wurden sie dann hingerichtet.

Während dieser turbulenten Ereignisse verloren offiziellen Angaben zufolge 1.165 Menschen ihr Leben, vor allem bei Straßenkämpfen nach der Flucht der Ceaușescus.

Z41: Mit dem Tag der Währungsunion am 1. Juli 1990 wurde es allen DDR-Bürger:innen ermöglicht, ihre Spareinlagen in Ostmark in D-Mark umzutauschen. Allerdings gab es eine Begrenzung für den Betrag, der im Verhältnis 1:1 umgetauscht werden konnte, abhängig vom Alter der Personen. Der Rest wurde mit einem Verhältnis von 2:1 umgetauscht, was zu großer Unzufriedenheit führte. Gleichzeitig stiegen die Lebensmittelpreise an und kosteten im Vergleich zur DDR für Ost-Bürger:innen teilweise das Dreifache. Viele Menschen vermissten auch die vertrauten Produkte aus der DDR, die nun durch andere ersetzt wurden und nicht mehr im Handel erhältlich waren.

Z46: Um wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu entkommen, wanderten einige Deutsche im 19. und 20. Jahrhundert nach Brasilien aus und gründeten dort vor allem im Süden des Landes Kolonien. Eine der bekanntesten deutschen Siedlungen ist Blumenau - heute eine Großstadt mit über 300.000 Einwohnern. Etwa 10% aller Brasilianer haben heute deutsche Vorfahren.

Z47&48: Im Strafgesetzbuch der DDR wurden in diesen Paragraphen Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Vorbestraften beschrieben. Sie sollten „durch staatliche Kontrollmaßnahmen unterstützt werden“. Neben Gesetzen, die in Rechtsstaaten üblich sind, enthielt das Strafgesetzbuch der DDR-Normen, die der Verfolgung politisch Andersdenkender dienten und die Herrschaft der SED sicherstellten. Als sogenannte Straftaten gegen die staatliche und öffentliche Ordnung galten z. B. der § 213 Ungesetzlicher Grenzübertritt und der § 215 „Rowdytum“, der so unbestimmt war, dass er oft für politische Verurteilungen missbraucht wurde.